



LPK
Würzburg 2019
2.-4. Juni



**Bayerischer
Landtag**



Resolution

**der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und
österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages
unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

**zur EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands
im 2. Halbjahr 2020**

Die Präsidentinnen und Präsidenten fordern seit vielen Jahren, dass die Kompetenzen und besonderen Möglichkeiten der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen insbesondere im Interesse einer größeren Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in die Gestaltung der Politik der Europäischen Union intensiver einfließen.

Mit dem Abschlussbericht der Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ vom 10. Juli 2018 und der Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23. Oktober 2018 - COM(2018) 703 final - wurde ein Prozess eingeleitet, der eine bessere Einbindung der lokalen und regionalen Ebene bei europäischen Vorhaben, die Konzentration der europäischen Rechtsetzung auf das Wesentliche und auch die Fortsetzung eines intensiven Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern zum Ziel hat.

Die Präsidentinnen und Präsidenten haben sich mit dem Abschlussbericht der Task Force ausführlich befasst und in ihrer „Brüsseler Erklärung 2019“ Stellung dazu genommen. Dabei wurde begrüßt, dass der Abschlussbericht der Task Force am Beginn und nicht am Ende eines Prozesses zur Öffnung der europäischen Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die lokale und regionale Ebene steht.

Die Thematik ist für alle föderal strukturierten Länder der Europäischen Union von besonderem Interesse. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, dass Österreich das Thema „Subsidiarität“ zu einem Schwerpunktthema seiner EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 gemacht und damit die auf den Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zurückgehende Initiative der Einsetzung einer Task Force Subsidiarität aufgegriffen und fortgeführt hat.

Die Präsidentinnen und Präsidenten setzen sich dafür ein, dass dieser pragmatisch angelegte Prozess fortgeführt wird. Sie sehen hier besonders die nationalen Regierungen der föderal strukturierten Mitgliedsländer der EU in der Pflicht.

Die Präsidentinnen und Präsidenten ersuchen deshalb die deutsche Bundesregierung, die Materie zu einem Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im 2. Halbjahr 2020 zu machen.

Sie weisen auf folgende 10 Punkte aus ihrer „Brüsseler Erklärung 2019“ hin, die aus ihrer Sicht von besonderer Bedeutung sind und im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands fortentwickelt werden sollten:

- Verbesserung der Rechtsetzung durch Öffnung europäischer Entscheidungs- und Gesetzgebungsverfahren für die lokale und regionale Ebene
- Ausgestaltung einer neuen Arbeitsweise nach dem Modell der „aktiven Subsidiarität“, die zu mehr Mitverantwortung der Regionen und zu mehr Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern für die Leistungen der Union beitragen kann
- Etablierung eines dauerhaften direkten Dialogs der regionalen Ebene, insbesondere auch der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen, mit den Europäischen Institutionen, vor allem mit der Kommission
- Einbeziehung der Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen in die Konsultationsprozesse der Kommission bei spezifisch regionalen Interessen
- Stärkere Berücksichtigung der Erfahrungen der lokalen und regionalen Ebene bei Bewertung und Überarbeitung von Unionsrecht
- Reduzierung der Regelungsdichte
- Vorrang der Richtlinie vor der Verordnung, um den Mitgliedsstaaten und Regionen für die Umsetzung von Unionsrecht einen möglichst großen Gestaltungsspielraum zu gewähren
- Konsultation der Landesparlamente durch die nationalen Parlamente im Rahmen des Verfahrens zur Prüfung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit
- Aktivere Zusammenarbeit der Kommission, der nationalen Parlamente und der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften noch vor Annahme des Arbeitsprogramms
- Schaffung einer interinstitutionellen EU-Datenbank mit den Stellungnahmen aller EU-Institutionen und aller demokratisch legitimierten nationalen, regionalen und lokalen Autoritäten